

Wie brutal war die deutsche Wehrmacht in Griechenland?

Eine neue Antwort des Verteidigungsministeriums

Von Sven Felix Kellerhoff

Kleine Anfragen sind ein probates Mittel der Opposition im Bundestag, die Regierung unter Druck zu setzen. Das Bundesverteidigungsministerium hat jetzt eine solche Frage der Linkspartei beantwortet – und dabei überraschend wenig gesagt. Obwohl es um eine brisante geschichtspolitische Frage geht: Relativiert tatsächlich eine Einrichtung der Bundeswehr die Verbrechen der NS-Zeit?

Gegenstand der Linkspartei-Anfrage sind die Verbrechen deutscher Truppen in Griechenland 1941 bis 1944. Unbestritten ist, dass die deutsche Operationen auf dem Balkan (Deckname „Unternehmen Marita“) ab dem 6. April 1941 ein Angriffskrieg waren und zu einer äußerst brutalen Besetzung führten.

Ein leitender Historiker beim Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr in Potsdam (MGFA) in Potsdam hielt es für sinnvoll, hier im Sinne wissenschaftlicher Forschung zu differenzieren. In einer zweieinhalbseitigen internen Stellungnahme für die Antwort des Bundesverteidigungsministeriums auf eine frühere, im Kern ähnliche Anfrage der Linkspartei schrieb er zur Rolle deutscher Gebirgstruppen während der Besetzung Griechenlands: „Es bleibt eine unrühmliche Liste von

Übergriffen und brutalen Aktionen, an denen auch die Gebirgsjäger beteiligt gewesen sind.“ Dann fuhr das Papier des Potsdamer Historikers jedoch fort: „Es war Teil eines fast unübersichtlichen Bürgerkrieges, bei dem die kommunistischen Andarten (griechische Bezeichnung für einen Partisanen; d. Red.) den Widerstand gegen die italienisch-deutsche Besatzungsmacht gleichzeitig als Klassenkampf führten.“

Die Bewertung, die durch einen Bericht dieser Zeitung öffentlich wurde (WELT v. 7.5.), erregte den Zorn der Linksfraktion. In einer weiteren Anfrage formulierten ihre Abgeordneten die in Form einer „Überraschung“ gekleidete Behauptung, das MGFA „relativiere“ die Wehrmachtsverbrechen in Griechenland. Angeblich gehe es um eine „Aufrechnung von Nazi-verbrechen mit Vergehen griechischer Partisanen“. Auch wurde der Bundesregierung unterstellt, eine „hochproblematische Renaissance der Legende von der ‚sauberen Wehrmacht‘“ zu betreiben. Die 18 Fragen zeigten dann, dass es weniger um die Sache ging, nämlich die Aufklärung der Wehrmachtsverbrechen in Griechenland und die Bedeutung des Bürgerkriegs dabei, sondern um die Rekonstruktion „antifaschistischer“ Geschichtsbilder.

Dazu fällt dem Ministerium erstaunlich wenig ein. Vielmehr wird zunächst betont,

dass der WELT-Bericht nicht „autorisiert“ war. Sodann distanziert sich das Mi-

nisterium von der Bewertung des MGFA-Mitarbeiters, bei der es sich um eine „persönliche, für den internen Gebrauch erstellte Stellungnahme“ gehandelt habe. Auf die inhaltlichen Fragen, die seine Stellungnahme aufwarf, geht die Antwort dagegen nicht ein – ebenso wenig bei früheren Anfragen der Linkspartei zum Thema Gebirgsjäger im Zweiten Weltkrieg. Immerhin erwähnt die Bundesregierung, dass das MGFA schon seit langem Forschungen zu Wehrmachtsverbrechen in Griechenland vorlegt.

Die WELT hatte schon im Mai berichtet: „Das Amt ist über jeden Verdacht einer ‚Reinwaschung‘ deutscher Schuld im Zweiten Weltkrieg erhaben; es hat schon ein Jahrzehnt vor der so genannten Wehrmachtsausstellung Grundlagenforschungen über deutsche Kriegsverbrechen vorgelegt.“ Die differenzierten Bewertungen des MGFA-Historikers wurden als eine „auch in der Fachwelt diskussionswürdige Beurteilung der Vorgänge in Griechenland im Zweiten Weltkrieg“ charakterisiert. Leider hat das Verteidigungsministerium die Chance verpasst, das verkürzte Geschichtsbild der Linkspartei klar zu stellen. Denn es geht nicht um Relativierung von deutschen Kriegsverbrechen, sondern um das genaue Gegenteil: Aufklärung.